

Krafsamer Zeitung.

Nr. 257.

Mittwoch den 9. November

1864.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verrechnung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Zeile 5 Kr., im Anzeigenblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. September d. J. Allerhöchstem Kämmerer, außerordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister am königlich preussischen Hofe, Grafen Alois Karolyi, die geheime Rathswürde mit Nachsicht der Taren allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. November d. J. dem dritten Vice-Präsidenten des Wiener Landesgerichtes, Adolph Schwarz, in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung, tarfrei den Orden der eisernen Krone dritter Classe allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. November d. J. dem Hilfsamterdirector bei dem Kreisgerichte in Krems, Ignaz Raschbacher, in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und erprießlichen Dienstleistung, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. October d. J. dem Fabrikbesitzer, Moses Weill zu Weiskau in Böhmen, in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen Wirkens zur Förderung der Industrie, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. October d. J. dem provisorischen Schwagerbergwärtner, Joseph Schmid, in Anerkennung seiner langen treuen und erprießlichen Dienstleistung, das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. October d. J. dem Portier im Civil-Mädchen-Pensionate, Joseph Hensler, in Anerkennung seiner vieljährigen, stets treuen und eifrigen Militair- und Civildienstleistung, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. November d. J. die erste Vice-Präsidentenstelle bei dem Wiener Landesgerichte dem Präsidenten am Kreisgerichte in Wiener-Neustadt Alexander Woschan mit Belassung des Titels eines Präsidenten und die zweite Vice-Präsidentenstelle desselben Gerichtshofes dem Kreisgerichts-Präsidenten in Korneuburg Dr. Joseph Scholl allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den Director der k. k. Knaben-Haupt- und Unter-Realschule in Rovigo, Peter Ferrato, zum Lehrer an der k. k. Ober-Realschule in Venedig ernannt.

Das Justizministerium hat die bei dem Kreisgerichte in Bozen erledigte Staatsanwaltschaft mit dem Range und Charakter eines Kreisgerichtsrathes dem Rathessecretär bei dem Oberlandesgerichte in Innsbruck Dr. Hermann v. Steniger verliehen.

Das Justizministerium hat dem Kreisgerichtsadjuncten in Böhmen-Weippen, Felix Polke, eine Rathessecretärsstelle bei dem Kreisgerichte in Lator verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 9. November.

Die Revocation Nigra's begleitet der „Moniteur“ mit folgenden Worten: „Die dem italienischen Parlamente mitgetheilten Documente sind in der französischen und auswärtigen Presse Gegenstand von Erörterungen gewesen, welche darauf ausgingen, den Sinn der Convention vom 15. Septbr. zu fälschen. Die Regierung des Kaisers und die des Königs von Italien mußten sich durch einen neuen Austausch von Mittheilungen der Gleichförmigkeit ihrer Ansichten vergewissern. Die Schriftstücke, welche wir veröffentlichten, weisen die völlige Loyalität der über diese Sache gegenseitig erteilten Erklärungen, so wie die hieraus hervorgegangene Uebereinstimmung nach.“

Der „Moniteur“ theilt nun zunächst die bereits bekannte Depesche mit, welche Ritter Nigra unterm 15. September an den Ritter Visconti-Benotti, den damaligen Minister des Auswärtigen in Turin, gerichtet hat, und läßt auf dieselbe die beiden nachstehenden Actenstücke folgen:

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten des Kaisers an Herrn Baron de Malaret, französischen Gesandten in Turin.

Paris, 30. October 1864.

Herr Baron! Gestern hatte ich den Herrn Ritter Nigra zu einer Unterredung zu mir gebeten, um mit ihm über seine Depesche vom 15. September zu sprechen. Ich begann damit, ihm die an Sie gerichtete Depesche vorzulesen, die Sie dem Herrn General de Lamarmora ebenso, wie Herrn Minghetti mitgetheilt haben werden, und welche die einfache, gedrängte Darstellung einer wenige Tage vorher zwischen dem Herrn Gesandten Italiens und mir gepflogenen Unterredung ist.

In dem gegenwärtigen Stand der Dinge hat das Turiner Cabinet allein das Wort. Während es dem Parlamente seine diplomatischen Schriftstücke vorlegte, zogen wir uns in ein Stillschweigen zurück, dessen Gründe es wohl würdigen mußte; wir wollen durch Veröffentlichung einer contradictorischen Debatte über die Bedeutung der Convention ihm keine Verlegenheiten bereiten, noch ihm das Verdienst loyaler Erklärungen benehmen, deren Initiative es zu ergrreifen wünschte. Allein die von uns, dem Publicum gegenüber, beobachtete Zurückhaltung und Discretion legte uns die gebieterische Pflicht auf, ohne etwas zu verschweigen, mit der italienischen Regierung auf einen Gedankenaustausch einzugehen, um die Zweideutigkeiten zu beheben, den

Mißverständnissen zuvorzukommen und den Acten des 15. Septembers eine Deutung zu geben, welche von den beiden contrahirenden Theilen angenommen werden könnte.

Nun aber mußte ich Herrn Nigra gestehen, daß, wenn ich auch keinen Zweifel über die vollkommene Aufrichtigkeit seiner Absichten, noch selbst über die Richtigkeit der angeführten Thatsachen erhebe, ich mir dennoch nicht verhehlen könnte, daß dieses Document, nach meinem Dafürhalten, nicht in vollständiger Weise die Physiognomie der Unterhandlungen und den Sinn wiedergibt, den wir den daraus hervorgegangenen Verpflichtungen beilegen und die italienische Regierung selber diesen Verpflichtungen beilegen muß. Um davon überzeugt zu werden, dürfte man nur den Eindruck constatiren, den das bewußte Document auf die öffentliche Meinung zu beiden Seiten der Alpen hervorbrachte hat. Die Journale aller Farbenabstufungen haben aus demselben Folgerungen gezogen, die eben so sehr unsern Absichten, als denen der Minister des Königs Victor Emanuel zuwiderlaufen. Diese Depesche ist in gleichem Sinn von den Leidenschaften der verschiedenen Parteien ausgelegt und zum Gegenstand von Glückwünschen und Vorwürfen gemacht worden, die zurückzuweisen beide Regierungen gleich sehr bedacht sein mußten. Woher rührt aber diese Verwirrung anders her, als von dem Doppelsinn einiger unbestimmt gehaltener Ausdrücke, auf deren Gefährlichkeit bei vorliegender Veranlassung wir vorher schon so oft aufmerksam gemacht hatten? In den Worten: „Rechte der Nation... nationale Bestrebungen“, mögen sie noch mit so großer Vorsicht in den Text aufgenommen werden, lieft jeder, was er fürchtet und was er hofft. Allerdings ist es nicht leicht, sich zu erklären, wie das italienische Königtum sich eines Tages in Rom befinden könnte, wenn es selber es sich zu unterjagen scheint, dahin zu gehen; denn solche Voraussetzungen ergeben sich nicht auf natürlichem Weg aus der Prüfung einer Convention, welche die Uebertragung der Hauptstadt des Königreiches nach Florenz und die Garantie des päpstlichen Gebietes gegen jeden bewaffneten Angriff ausbedingte. Diese subtilen Probleme führen darum nicht weniger die Geister irre.

Es kommt den Ereignissen zu, sie aufzustellen und Loyalität wie Klugheit gestatten nicht, deren Lösung vorzeitig in den leeren Hypothesen zu suchen. Darum liegt es auch ferne, eine solche Absicht sowohl dem Turiner Hof, als auch dem Herrn Ritter Nigra beizulegen; ich weise nur auf die Nothwendigkeit hin, auch selbst der einfachen Unterstellung des Vorhandenseins solcher Absicht durch Schärfe und Bestimmtheit der officiellen Erklärungen zuvorzukommen. Ich habe deshalb alle Aufschlüsse, die zur Befestigung dreier oder beleidigender Folgerungen dienen konnten, sowohl in meiner Correspondenz gegeben, als auch in meinen Unterredungen zur Sprache gebracht. Diese Aufschlüsse fassen sich in folgenden Sätzen zusammen:

1. Unter die gewaltthätigen Mittel, deren Anwendung Italien sich unterjagt, muß man das geheime Treiben revolutionärer Agenten auf päpstlichem Gebiet, so wie auch jede Aufreizung rechnen, die den Zweck hat, aufständische Bewegungen hervorzurufen.
2. Was die moralischen Mittel betrifft, deren Anwendung die italienische Regierung sich vorbehalten hat, so bestehen sie einzig in den Kräften der Civilisation und des Fortschrittes.
3. Die einzigen Bestrebungen, welche der Turiner Hof als rechtmäßig gestattet ansieht, sind die, welche auf Wiederausöhnung Italiens mit dem Papstthum gerichtet sind.
4. Die Verlegung der Hauptstadt ist ein Frankreich gegebenes ernstliches Untersand. Sie ist weder ein vorläufiges Ausfallsmittel, noch ein Rastort (étape) auf dem Wege nach Rom.
5. Die Vorschläge des H. v. Cavour vom Jahre 1861 enthielten nicht die auf die Verlegung der Hauptstadt bezügliche Clausel. Anherdem beschränkten sie die Armee des heiligen Vaters auf eine bestimmte Zahl und setzten für den Abmarsch unserer Truppen einen Zeitraum von 14 Tagen fest. Man kann unmöglich den bedeutenden Unterschied zwischen diesen Vorschlägen und dem Abkommen vom 15. September verkennen.
6. Der Fall einer von selbst in Rom ausbrechenden Revolution ist in der Convention nicht vorgeesehen. Für eine solche Eventualität behält sich Frankreich freies Handeln vor.
7. Das Turiner Cabinet bleibt der Politik des Herrn v. Cavour treu. Es hat aber dieser berühmte Mann erklärt, daß nur mit Zustimmung Frankreichs Rom mit Italien vereinigt und zu dessen Hauptstadt gemacht werden könne.

Dies, Herr Baron, sind die verschiedenen Punkte, welche ich in meinen Unterredungen mit Herrn Ritter Nigra behandelt habe, und in Betreff welcher es mir schien, als seien wir einig darüber. Sicherlich verlange ich nicht, daß Herr Ritter Nigra alle ergänzenden Erklärungen in seinem Bericht hätte aufnehmen sollen. Noch weniger will ich ihm einen Vorwurf darüber machen, daß er in diesem Document nicht gegen die Anwendung betrügerischer Mittel protestirt, noch den Sturz der päpstlichen Herrschaft in

Folge eines durch fremde Antriebe nicht hervorgerufenen Aufstandes im Innern vorgeesehen hat. Ich war, wie es meine Correspondenz bezeugt, mit dem Herrn Gesandten Italiens ganz der Ansicht, daß es vorhergesehene Fälle gibt, welche die Würde der contrahirenden Theile und das Anstandsgefühl nicht in die diplomatischen Actenstücke einzutragen gestattet. Das Uebermaß von Vorsicht wird in gewissen Fällen zur Beleidigung. Allein, und es muß dies wiederholt werden, wenn man durch allgemeine Formeln hindurch nur unbestimmte Ansichten eröffnet, so erblickt in ihnen Jeder den Gegenstand seiner Wünsche und gestaltet ihn nach seinem Belieben. Was nicht gesagt worden ist, setzt man voraus, und die extremen Parteien lesen zwischen den Zeilen der Depeschen das heraus, was ihnen ihre Leidenschaften eingeben. Darum wünschen wir lebhaft, daß in der nunmehr sich eröffnenden Discussion des italienischen Parlaments Licht in dieses Dunkel falle.

Genehmigen Sie u. u.

Drouyn de Lhuys.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an Herrn Baron v. Malaret, französischen Gesandten in Turin.

Paris, 2. November.

Herr Baron, der Herr Minister Italiens hat mir vor drei Tagen im Namen des Herrn General de Lamarmora den Wunsch ausgedrückt, daß der von der italienischen Gesandtschaft in ihrem Bericht vom 15. September der Convention beigelegte Sinn mit dem Sinn, den ich selber ihr in meinen früheren Depeschen gegeben habe, in Einklang gebracht werde. Die Unterredungen, über welche ich Ihnen am 31. October Bericht gab, schienen mir zum Voraus diesen Wunsch befriedigt und die Mißverhältnisse beseitigt zu haben. Wie dem auch sei, ich dachte mit Herrn Nigra, das beste Mittel diesen abweichenden Anschauungen ein definitives Ende zu machen, bestche darin, daß wir in Gegenwart des Kaisers neue Erklärungen austauschten. Dies haben wir gestern Morgens gethan.

Wir haben die Conferenz mit Vorlesung des Berichtes des Herrn Nigra eröffnet, und ich gab hierauf Kenntniß meiner Depeschen, denen Se. Majestät ihre Zustimmung zu erteilen geruhte. Der Herr Gesandte Italiens las nunmehr einen Brief vor, den er am 30. October an den Minister des Auswärtigen des Königs Victor Emanuel gerichtet hatte, und worin er durch eine schärfere Darstellung der von dem Turiner Cabinet übernommenen Verpflichtungen auf die mir durch die Depesche vom 15. September eingegebenen Bemerkungen antwortete.

Ich habe mich auf unsere früheren Erklärungen bezogen und eine Prüfung der verschiedenen in meiner Depesche vom 30. October zusammengefaßten Punkte aufs Neue vorgenommen, auf welche Depesche ich Sie hiermit verweise. Ueber jeden dieser Punkte fanden wir uns in Uebereinstimmung und wir haben dies in einer telegraphischen Depesche constatirt, welche der Herr Minister Italiens auf der Stelle seinem Hof zugehen ließ.

Genehmigen Sie u. u.

Drouyn de Lhuys.

Nachrichten aus Turin melden, daß die Veröffentlichungen des „Moniteur“ die Majorität für die motivirte Tagesordnung vermindern dürfte.

Die „N. A. Z.“ drängt auf Räumung der Herzogthümer durch die Bundesstruppen. Sie schreibt: Mit der Ratification des Friedensvertrages vom 30. October sind Preußen und Oesterreich die Rechtsnachfolger der Krone Dänemark in den Herzogthümern Schleswig-Holstein und Lauenburg geworden. Sie haben alsdann 1) diese Gebiete in völkerrechtlicher Beziehung dem Auslande gegenüber und 2) die Herzogthümer Holstein und Lauenburg beim Bunde zu vertreten, so wie 3) Regierungspflichten und Rechte gegen die Staatsangehörigen der Herzogthümer übernommen. Den vier Executions-Regierungen (Preußen, Oesterreich, Sachsen, Hannover) liegt daher nun die Pflicht ob, in Folge des neu eingetretenen völkerrechtlichen Verhältnisses dem Bunde die Anzeige zu machen, daß die Execution gegenstandslos geworden ist. Den sächsisch-hannoverschen Truppen, welche nach der Vereinbarung zwischen den Executions-Regierungen mit Genehmigung des Bundes in die deutschen Herzogthümer zur Beseitigung eines etwaigen Widerstandes Dänemarks oder zur event. Herstellung der Ordnung eingerückt waren, steht, vom Augenblicke des Friedensschlusses an, keine Berechtigung mehr zu, in Holstein und Lauenburg ferner zu verbleiben. Nach Art. XIII der Executions-Ordnung vom 3. August 1820 muß daher die Aufhebung des Bundes-Executionsbeschlusses vom 1. October v. J. erfolgen und ohne Verzug der Rückzug der Truppen aus dem mit der Execution belegten Staate stattfinden.

Sächsischer Seite theilt man diese kurz angebundene Folgerungsweise keineswegs. „Das Dresd. Journ.“ hält es noch sehr für fraglich, ob Oesterreich sich auf

denselben Standpunct wie Preußen stellen werde, und meint, selbst wenn dies der Fall wäre, würde noch der Bund seine Zustimmung dazu zu geben haben, daß er jegliche Position in den Herzogthümern aufgäbe. Das officöse Blatt der sächsischen Regierung nennt die Behauptung, daß die Herzogthümer durch die Abtretung des Königs von Dänemark an Oesterreich und Preußen rechtsgiltig gekommen seien, eine „Rechtsfiction.“

Bekanntlich wurde sowohl in österreichischen Blättern, als auch in Correspondenzen und telegraphischen Meldungen den Andeutungen der ministeriellen preussischen „Provinzial-Correspondenz“ über die bevorstehenden Schritte Preußens und Oesterreichs in Betreff der Bundes-Executions-Truppen in Holstein widersprochen. Die „N. A. Z.“ schreibt hierüber: Wir glauben diese anscheinenden Dementis dahin erklären zu dürfen, daß, wenn von Wien aus versichert wird, eine gemeinsame Feststellung der in dieser Beziehung zu thunenden Schritte sei noch keineswegs erfolgt, dies, so richtig es sein mag, doch nicht der in der „Provinzial-Correspondenz“ kundgegebenen diesseitigen Auffassung und Zuerst widerpricht, daß eine schließliche Verständigung in der erwähnten Richtung eintreten werde und müsse. Zur augenblicklichen Rechtfertigung der Wiener Aeuperungen mag dienen, daß dieselben sich wohl auf frühere vorläufige Dispositionen des dortigen Cabinets beziehen. Bestimmtere eigentliche Verhandlungen über den Gegenstand sind, wie wir hören, diesseits erst eingeleitet worden, und wir bezweifeln nicht, daß sie den von hier aus gewünschten Ausgang haben werden, und zwar vor Allem deshalb, weil sie gegenüber der jetzigen Sachlage gar keinen anderen haben können. Von anderer unterrichteter Seite wird uns in Bestätigung obiger Mittheilung mitgetheilt, daß die preussische Regierung gar keinen dahin gehenden Antrag gestellt habe, daß also Oesterreich gar nicht in der Lage sich befinden konnte, eine Antwort darauf zu geben.

Der sonst wohlunterrichtete Wiener Correspondent der „Schl. Z.“ schreibt: Auch ohne die nicht mehr mißzuverstehenden Andeutungen der officiösen Berliner Blätter hat man hier bereits aufgehört, sich einer Täuschung darüber hinzugeben, daß Preußen nur deshalb den Gerüchten über seine Annerionsbestrebungen nicht entgegentritt, weil es sich bereits im Besitze der Herzogthümer glaubt. Ueber die Stellung Oesterreichs in dem nun folgenden zweiten Acte des schleswig-holsteinischen Drama's läßt sich um so weniger schon etwas Bestimmtes sagen, als abgewartet werden muß, welche Haltung die Mittelstaaten annehmen werden, zumal da in Württemberg ein neues Ministerium an der Spitze steht, und in Baiern die Ernennung des neuen Minister-Präsidenten noch bevorsteht. Die Frage, ob Oesterreich mit Preußen gegen die Mittelstaaten oder mit den Mittelstaaten gegen Preußen Front machen werde, welchen letztern Fall dieses bereits im voraus mit der Drohung beantwortete, aus dem Bunde treten zu wollen, ist jedenfalls ein aufrichtiges. Indessen ist es wichtig darauf aufmerksam zu machen, daß sowohl hier wie in Berlin die Anschauung immer mehr Platz greife, die Schwierigkeit der Entscheidung in der Herzogthümerfrage liege darin, daß bezüglich Schleswigs, weil letzteres außerhalb des Bundes steht, der Rahmen des Rechtspruches nicht ausreicht und die schleswigische Angelegenheit, als die Interessen der europäischen Mächte berührend, auch einen europäischen Charakter erhalte. Es liegt daher die Verlesung nahe, die Angelegenheit vor das Forum Europa's zu bringen, und wenn es sich bewahrheitet, daß Herrn von Bismarcks persönliche Verhandlungen mit dem Kaiser Napoleon und dem Czaren nicht erfolglos gewesen sind, so wäre diese Verlesung gerade für Preußen groß; ja man will sogar wissen, daß es dieser Verlesung nicht widerstehe, und bringt damit die Verhandlungen in Verbindung, die, wie es heißt, soeben in Berlin bezüglich des Congresses gepflogen werden und in welchen auch die „nasse Feder“ von Nizza eine Rolle gespielt haben dürfte.

Von der Oldenburgischen Staatschrift über die schleswig-holsteinischen Erbansprüche sind, wie der „N. A. Z.“ aus Frankfurt a. M., 4. Nov., geschrieben wird, außer dem der Bundesversammlung übergebenen Original, welches ohne Anlagen 360 Seiten besaß, nur wenige Abklatsch-Exemplare zur Vertheilung gelangt; die Schrift ist jedoch in Oldenburg im Druck begriffen und wird sofort nach Beendigung desselben dem Buchhandel übergeben werden. Die in einigen Zeitungen enthaltene Angabe, daß eine doppelte Ausgabe — eine für die Mitglieder der Bundesversammlung bestimmte und eine sogenannte

Vollausgabe — veranstaltet werde, beruht auf einem Irrthum. In Bezug auf den Inhalt des Actenstücks wird versichert, daß dasselbe durch eine große Fülle zum Theil noch unbekanntem, zum Theil bisher wenig gewürdigten historischen und juristischen Materials sich auszeichne. Gegen den vielfach gegen sie erhobenen Vorwurf der Verzögerung der Sache dürfte sich die Oldenburgische Regierung durch das Kaliber der vorliegenden Arbeit, die in kürzerer Frist wohl schwerlich geliefert werden konnte, gerechtfertigt haben. Nach einer anderen Notiz wird die Begründungsschrift der Oldenburgischen Ansprüche nebst der ihr beigegebenen Urkundenammlung in etwa zehn Tagen in der Schulze'schen Buchhandlung in Oldenburg erscheinen, welcher der officielle Druck übergeben ist. Die Begründungsschrift füllt ungefähr 20 Bogen in 8°, die Urkundenammlung erscheint in 3 bis 4 Hefen, in der Stärke von ungefähr 12 Bogen das Heft.)

In Wien wird ein Specialgelandter als Träger der bisher noch nicht erfolgten Notificirung des Königs von Dänemark erwartet.

Der „Const. Destr. Ztg.“ wird aus Brüssel geschrieben: Das Congressproject tritt wieder in den Vordergrund. Zwar hat bis jetzt ein officieller Meinungsaustausch zwischen den Cabineten noch nicht stattgefunden, doch sind directe vertrauliche Besprechungen zwischen den Repräsentanten einiger Höfe gepflogen worden. König Leopold von Belgien interessiert sich über das Zustandekommen des Projectes. Die Hauptschwierigkeit bildet, Oesterreichs wegen, die italienische Frage, die man nicht wie die dänische unbesprochen lassen kann. Indessen hofft man eine Vermittlungsbasis zu finden, da Rom und Venedig keine Objecte der Verhandlung zu bilden hätten und unter diesen Bedingungen die Anerkennung Italiens in seinem dormaligen Bestande von Seite Oesterreichs nicht als eine Unmöglichkeit betrachtet wird. Die Frage wegen des Eintrittes Schlesiens in den deutschen Bund würde vor den Congress gebracht werden.

Die „N. Fr. Presse“ läßt sich aus Frankfurt den Inhalt einer Circular-Depesche des Herrn v. Bismarck an die Vertreter Preußens bei den deutschen Regierungen mittheilen, welche die Unterdrückung des Sechshunddreißiger-Ausschusses des Abgeordnetentages in Vorschlag bringt. Nach dem Texte, den das genannte Blatt veröffentlicht, hätte auch das Wiener Cabinet zur selben Zeit seine Vertreter in ähnlicher Weise instruiert. Uebrigens ist die angebliche Bismarck'sche Depesche vom 31. December 1863 datirt, also beinahe ein ganzes Jahr alt — der Sechshunddreißiger-Ausschuss aber, welcher sich bald nach dem Tode des Königs von Dänemark zur Förderung der Schleswig-Holsteinischen Sache constituirte, ist bis heute nicht unterdrückt worden; das Actenstück hat demnach kaum noch auf Interesse Anspruch.

In diesen Tagen haben wir wieder Gelegenheit, die Hohlheit des italienischen Patriotismus kennen zu lernen. Während es bekannt ist, daß der kindliche Versuch weniger alberner Burisken, in den Bergen Friauls die Fahne der Revolution aufzupflanzen, längst das verdiente klägliche Ende genommen hat; während dies die ministeriellen Blätter täglich in allen Tonarten versichern und davon abmahnen, durch falsche Nachrichten und durch Unterstützungen junge Tollköpfe zu neuen Dummheiten aufzumuntern, bringen dieselben Blätter in denselben Nummern lange Listen von Beiträgen für die Freiheitskämpfer in Venetien, die nirgends in der Welt zu finden sind, es sei denn in den hohen Schädeln der Herren Subscribenten, die, nebenbei gesagt, in ihrer Mehrzahl auf den grünen Bänken des Palastes Carignan Sitz und Stimme haben. Die Genueser, die ihrem Mazzinistischen Paroxismus stets noch die Krone der Thorheit aufzusetzen lieben, haben, während noch nicht einmal ein Schuß aus Mißverständnis losgegangen ist, bereits 1018 Franken für die verwundeten Fratelli in Venetien* zusammengehossen. Nicht minder schwachköpfig geberdet sich das „Diritto“, welches nicht fragt, ob die in dem Hirnkasten seines Redacteurs rumorenden „Friaulischen Alpenjäger“ siegen können oder nicht. Wir wissen, daß sie kämpfen, dies genügt, und es ist unsere Pflicht, ihnen beizuspringen. Wer dies nicht thut, wer den Nutzen oder den Schaden dieser Unternehmung auf dem Wege der Klugheit und des Interesses abwägt, sei verflucht wie Cain. In ähnlichen Tiraden ergehen sich sämtliche Mazzinistische und Garibaldi'sche Blätter. Garibaldi selbst scheint von der Sache nicht gewußt zu haben, sandte aber seinen Sohn Menotti von Caprera herüber, um zu sehen, was zu machen sei. Möge er wieder heimwärts steuern und seinem Vater melden, daß die Oesterreicher den „Friaulischen Alpenjägern“ das Lebenslicht ausgeblasen haben, ohne auch nur zum Schuß zu kommen; so stink konnten die Garibaldiner laufen.

Die officiöse „Russische Correspondenz“ bringt in ihrem Blatte vom 1. d. M. einen Artikel über die Polenfrage. Sie findet in der Theilung Polens nur eine natürliche Consequenz der unverbesserlichen innern Zustände des Landes oder anders ausgedrückt, in der Theilung Polens die Lösung der polnischen Frage. Alle Depeschen der im achtzehnten Jahrhundert in Warschau beglaubigten Gesandten kämen darin überein, daß die Sache Polens schon damals verloren gewesen und auch kein Heil für die Zukunft auf dem Boden der Selbstständigkeit des Polenvolkes zu erwarten gewesen sei. Auch die später vorgenommenen Versuche, das Land auf einer vernünftigen Rechtsbasis zu regieren, wären alle insgesammt gescheitert. Vergebens hatte ihnen Alexander I. eine liberale Constitution, Alexander II. eine entwicklungsfähige autonome Verwaltung gegeben, und ebenso vergebens Nicolaus I. es mit einer strengen Militärregierung versucht. Alle angewandten Mittel, schließt das Petersburger Regierungsorgan, schlügen also auf gleiche Weise fehl, weil man unterlassen hatte, den Boden

zu reinigen und die alten Institutionen zu vernichten. Glücklicherweise sind die gemachten Erfahrungen nicht verloren. Man weiß endlich, daß es auf eine sociale Reform von Grund aus ankommt. Auf der Bahn liberaler Reform schreitet gegenwärtig die russische Regierung mit sicherem Fuße vor. Schon sind die Bauern frei, und Grundbesitzer, Volksschulen werden überall eröffnet und die Grundlagen des gegenwärtigen Systems ruhen in Zukunft auf der Majorität der Bevölkerung. Der polnische Adel hat augenscheinlich viel verloren, doch auch der russische Adel ist seiner Privilegien beraubt, er hat sie ohne Murren dem Wohle des Vaterlandes geopfert. Und am Ende ging keine den Massen nützliche Reform ohne Belegung gewisser Interessen durch. Die größte Schwierigkeit für die gegenwärtige Lage bietet der kleine Adel, der in den Tagen des Glanzes den großen umgab und gegenwärtig zu stolz, um mit den Händen zu arbeiten, und zu arm, um Arbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen bezahlen zu können, die großen Bevölkerungsmittelpunkte aufhält, um die unmögliche Lösung des Problems: „zu leben ohne zu arbeiten“ zu finden. Und von einer Bevölkerung von vier Millionen kommen auf den kleinen Adel allein 1,200,000 Seelen. Dies im Verein mit den Aufreizungen der Jesuiten lassen die Schwierigkeiten begreifen, gegen die die braven Männer anzukämpfen haben, die die schwierige Aufgabe der Beruhigung eines solchen Landes übernommen haben. Die Masse ist befriedigt, aber wie schafft man diesen den Drittheil der ganzen Bevölkerung bildenden Parasiten Lebensunterhalt? Und doch muß sich für diese tragen Kornisse ein Bienenstock finden — die Ruhe des Landes hängt davon ab.

Die amtliche „Gazz. die Venezia“ versichert, von dem wegen des letzten Putschversuches Verhafteten seien wohl 15 Percent bereits wegen Vergehen gegen das Eigenthum bestrast.

Aus Rio de Janeiro vom 8. October wird telegraphisch nach London gemeldet, daß das brasilianische Ministerium durch Ernennung des Senhor Dias Vieira zum Minister des Auswärtigen completirt worden ist.

Dem Vernehmen nach ist das unmittelbare Eintreffen der Antwort Preußens in der Zollfrage bereits signalisirt und wird dieselbe allerdings die Zulage ertheilen, daß der neue Handelsvertrag wesentlich nur als eine Stufe zu einer späteren Zollvereinbarung darstelle, die Anberaumung eines bestimmten Termins für diese Zollvereinbarung aber als unthunlich bezeichnen und außerdem ausdrücklich Verwahrung gegen jede etwaige Folgerung einlegen, als ob jene Zulage die vollste und freieste Entwicklung des Zollvereins nach Maßgabe seiner eigenen Bedürfnisse irgendwie beschränken solle.

In Bremen finden gegenwärtig, wie die „Wes. Ztg.“ meldet, Verhandlungen mit dem Senat über die künftige Gestaltung des Verhältnisses Bremens zu dem reconstituirten Zollverein statt. Zu dem Ende ist ein Mitglied des Ober-Zollcollegiums zu Hannover, Ober-Zollrath Sammann, dort anwesend.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 8. November.

Die hier weilenden Officiere des mexicanischen Freiwilligen-Corps hatten gestern die Ehre, von Sr. Majestät in einer besonderen Audienz sich verabedigen zu dürfen. Dieselben wurden von ihrem Commandirenden, Grafen Thun-Hohenstein, Sr. Majestät Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vorgestellt, und der Kaiser richtete an die fast alle Waffengattungen vertretenden Officiere, welche in voller Parade erschienen, gnädige Worte.

Das Oesterreichisch-mexicanische Freiwilligen-Corps wird der „Presse“ zufolge definitiv in drei Partien überschifft werden, von denen die erste zuverlässig zwischen dem 15. und 20. November, die zweite zwischen dem 15. und 20. December, die dritte längstens Anfangs Jänner Europa verlassen wird. Für die am 15. d. abgehende Partie hat die Compagnie générale transatlantique die englischen Dampfer „Bolivian“ und „Peruvian“, dann den eigenen Dampfer „Beraeruz“ nach Triest beordert. Der „Bolivian“ wird aufnehmen: Den Corpsstab mit 20 Officieren und 110 Mann; die Pionierdivision mit 11 Officieren und 429 Mann; den Stab und 3 Compagnien des 1. Jägerbataillons mit je 12 Officieren und 552 Mann. In Summa 46 Officiere und 1100 Mann. Der „Peruvian“ wird aufnehmen: Den Stab des 2. Jägerbataillons mit 4 Compagnien, eine 4. Compagnie des 1. Jägerbataillons und die Gebirgsbatterie Nr. 1 sammt Ergänzungsmannschaft. In Summa 26 Officiere 1117 Mann. Der „Beraeruz“ wird aufnehmen: Eine Cavallerie-Abtheilung mit 14 Officieren und 388 Mann; eine 5. Compagnie des 1. und 2. Jägerbataillons; die technische Artillerie-Abtheilung und die Sanitäts-Truppe sammt Ergänzungsmannschaft. In Summa 26 Officiere und 1024 Mann. Die Totalstärke der im Laufe dieses Monats von Laibach nach Triest abrückenden und dort einzuschiffenden kais. mexicanischen Truppen beträgt also 98 Officiere und 3141 Mann. Der Souschef des Stabes, Major Huze, ist mit mehreren Officieren bereits über Paris nach St. Nazaire abgegangen, wird sich dort der belgischen Legion anschließen und für die Landung in Beraeruz das Nöthige vorbereiten. Das Corps hat 26 Aerzte engagirt, die alle Doctoren der Medicin und Chirurgie sind und das Sanitätswesen in der kais. mexicanischen Armee zu organisiren haben werden.

Aus Anlaß eines vorgekommenen Falles wurde ein a. h. Cabinetschreiben in Erinnerung gebracht, nach welchem es keinem in Oesterreich bestehenden Verein, namentlich jenen für Wohlthätigkeitszwecke, zustehe, Gesuche um Beiträge, Unterstützungen u. dgl. an auswärtige Souveräne und Glieder auswärtiger Regentenhäuser zu richten.

Die Stadt Königsjaal in Böhmen hat den Fürsten Dettingen-Wallerstein zum Bürgermeister gewählt. Der Zweck der Reise des Bischofs Strozsmayer nach Rom soll nach einer Correspondenz der „P. Z.“ sein, vom Heil. Stuhl die Einführung der slavischen Liturgie in seiner Diocese zu erwirken. Der Bischof wird, wie es heißt, seinen Aufenthalt in Rom bis ins künftige Jahr verlängern, indem der Heil. Vater vorerst das Gutachten aus anderer slavischer Diocesen einholen wolle, da er aus einer solchen Concession Gefahren für die römische Kirche besorge.

Deutschland.

Während die Nachricht von dem Friedensabschluß in Schleswig ziemlich allgemein mit Freudenemonstrationen aufgenommen worden ist, war dies in Holstein nicht der Fall. In Altona und in Kiel schmückten sich nur ein paar Häuser, deren Bewohner ihre preussische Gesinnung kundgeben wollten. In Kiel entstand Streit über das Flaggenausstechen. Die preussische Gesinnung wollten illuminiren; von der Gegenpartei wurde aber eiligst eine Bürgerversammlung berufen und auf derselben erklärt, daß keine Veranlassung zu Freudenbezeugungen vorliege, indem ohne Wissen und Willen Schleswig-Holsteins ein Friede geschlossen und mit den Interessen der Herzogthümer nach Willkür verfahren worden sei. Die Versammlung beschloß „nicht zu demonstrieren.“ Unterdeß hatte aber der Stadtrath schon sich dafür entschieden, am Rathshaus und auf den Kirchthürmen Fahnen auszustechen und die Mittheilung des Beschlusses der Bürgerversammlung an ihn kam zu spät.

Aus Berlin, 7. d., wird tel. gemeldet: Der Oberpräsident von Kopenhagen, Brättrup, hatte gestern im Beisein des Herrn von Bismarck bei dem König eine Audienz. Später fand eine Conferenz zwischen den Herren von Bismarck, von Balan und von Quade statt. — Die gestern hier eingetroffenen dänischen Friedenscommissäre sind weiter gereist. Der König von Preußen hat gestern die Oberstlieutenants von Schönfeld und Stiche empfangen, welche von Wien eingetroffen sind und sich zur Abfertigung der Gränzlinie nach den Herzogthümern begeben.

Der Berliner Polen-Proceß. Sitzung vom 5. November. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Büchtemann erfolgt seitens desselben die Mittheilung von einem nachträglich eingegangenen neuen, angeseheneren Belastungsbeweis des Ober-Staatsanwalts. Dieser Beweis ist entnommen den Resultaten der gegenwärtig noch schwebenden anderweiten Voruntersuchung wegen Hochverrats und erstreckt sich auf Uebersendung mehrerer Originalpapiere und beglaubigter Abschriften, deren Authenticität bisher bestritten wurde, so wie auf den Beweis, daß seitens der National-Regierung in den Provinzen Posen und Westpreußen neben der legalen eine revolutionäre Regierung installirt worden, das Ziel des Aufstandes also auch Preußen im Auge hatte. Da dieser Beweis ein sehr umfangreicher ist, so erklärt der Präsident, daß er den Antrag abschreiben und vervielfältigen lassen werde, wodurch er zu seinem Bedauern in die Lage gesetzt werde, die Verhandlungen auf 8 Tage aussetzen zu müssen.

Die Lassalet'sche Verlassenschaft wird wahrscheinlich noch zu verschiedenen Rechtsstreitigkeiten Veranlassung geben. Der Verstorbene hat durch sein in der Schweiz errichtetes Testament seine nächsten Verwandten (Mutter und Schwester) zu Universalerben eingesetzt, denselben dabei aber die Verpflichtung auferlegt, verschiedene Renten in Beträgen von 800 Rthlr. bis 1200 Rthlr. jährlich und andere beträchtliche Legate an dritte Personen zu zahlen. Die Nachlassmasse, welche nach diesen legwilligen Bestimmungen höchst bedeutend sein muß, ist von den vorgedachten nächsten Erben, welche Bedenken tragen, das Testament ihres Erblässers als zu Recht bestehend anzuerkennen, in Besitz genommen und wird dem gegenüber seitens der Testaments-Executoren die gerichtliche Sicherstellung derselben im Interesse der Legatarien verlangt. Da Lassale in Berlin sein Domicil hatte, so resorirt die Sicherstellung und das weitere Verfahren vor dem Berliner königlichen Stadtgericht, indessen ist die Sicherstellung bisher nicht erfolgt. Weniger hierüber, als vielmehr über die Rechtsbeständigkeit des Testaments selbst, dürften Rechtsstreitigkeiten zu erwarten sein, da die Erben die Erbschaft nicht aus dem Testament, sondern aus dem Gesetz angetreten haben und die Bestimmungen des ersteren nicht anerkennen wollen. Dasselbe ist von Lassale in französischer Sprache verfaßt und in der Schweiz einem Notar verwahrlich übergeben worden. Damit sind die Formen gewahrt, welche die dortigen Gesetze erfordern. Ist dies aber geschehen, so dürfte die Anfechtungselage keine Aussicht auf Erfolg haben.

Frankreich.

Paris, 7. Novbr. Die Einladungen nach Compiègne auf den 10. d. sind heute erfolgt. Die Herren Jaak Vereire und Heckeren sind nach Madrid abgereist, um bei einem Anlehengeschäft der spanischen Nordbahn zu interveniren. — Das Privat-Conseil des Kaisers ist für diese Woche zusammenberufen. — Der Befehl zur Veröffentlichung der Depeschen Drouyn's ist der Redaction des „Moniteur“ direct aus dem Cabinet des Kaisers zugekommen. Außer Peyrat wird noch Feydeau ein Blatt: Le bon sens, und Jouffroy eines: Le suffrage universel beistellen, gründen. — Hr. Fould läßt nun auch im Journal des Debats Polemik gegen das Friedens-Anlehen machen; es ist nicht wahrscheinlich, daß er auf die Dauer Recht behält. Die in Umlauf gesetzten Gerüchte von der Abdankung des Finanzministers scheinen vorläufig noch jeden Grundes zu entbehren. — Vorgestern ist im Ministerrath die Angelegenheit von Cochinchina zur Verhandlung gekommen. Nach Allem, was in officiellen Kreisen verlautet, bereitet man schon

einen Geßel-Entwurf vor, welcher erklärt, daß Cochinchina eine französische Provinz sei. — Die Nachrichten über den Zustand im Venetianischen widerprechen sich. Sicher scheint zu sein, daß Menotti Garibaldi, einer der Söhne des Generals, sich an der Bewegung theilnimmt. Nach den letzten Nachrichten befand sich Menotti an der Spitze einer Bande, die im Begriffe stand ins Venetianische einzudringen. Garibaldi selbst ist noch auf Caprera. Mazzini soll in Italien erwartet werden.

Der Moniteur meldet: „Der Prinz und die Prinzessin Murat sind am 5. d. auf dem Cacique von Alexandria abgegangen, um wieder nach Frankreich zurückzukehren.“

Aus Paris wird der „Presse“ vom 5. d. mitgetheilt: Am 28. v. M. ist ein ziemlich kurzes und unbedeutendes Circular des Grafen von Mensdorff, an die diplomatischen Agenten Oesterreichs im Auslande gerichtet, hier eingelaufen. Gestern den 4. d. traf bei der österreichischen Botschaft ein ausführliches Exposé ein, welches in freundlichen Ausdrücken abgefaßt sein soll, ohne daß Näheres über den Inhalt verlautete. Die Erklärungen des „Moniteur“ haben nicht viel auf sich; man betrachtet dieselben mehr als eine Herrn Drouyn de Lhuys erwiesene Gemüthkur, denn als eine erhebliche Aenderung der Sachlage. Die „Independance belge“ ist von Neuem mit Beschlag belegt worden, und zwar wieder wegen Bloßlegung der zwischen Drouyn und Rouher schwebenden Differenzen, die neuestens doch nur verkleistert worden sind.“

In sogenannten „Communications“ erzählt die „Europe“, daß die Zusammenkunft des Kaisers der Franzosen und des Herrschers aller Reußen nach langen vergeblichen Negotiationen erst dann zu Stande gekommen ist, als der Czar sich entschloß, dem Turlieren-Cabinet officiell und auf diplomatischem Wege seinen Wunsch nach dieser Entrevue ausdrücken zu lassen; er soll geäußert haben, wie leid es ihm thut würde, wenn der Kaiser Napoleon erst nach seiner Abreise aus Nizza der Kaiserin Marie Alexandra den Besuch erwiedern sollte, welchen er der Kaiserin Eugenie in Schwabach gemacht hat. Erst nach dieser Einladung trat Napoleon III. die Reise nach Nizza an (Credat Judaeus Apella.) Die beiden Kaiser sahen sich dreimal. Das erste Mal, gleich nach der Ankunft Napoleons, blieben sie 27 Minuten beisammen, welche mit Händedrücken, gegenseitigem Dank und Vorstellung der Umgebung vergingen. Das zweite Zusammensein in der Villa Veillon, wohin Napoleon zum Besuch gekommen war, dauerte 20 Minuten, also sieben Minuten weniger als das erste und fand in Gegenwart der Czarin statt. Man sprach viel, und die politische Frage, welche da auf Tapet kam, hatte auf die Reparaturen der Kuppeln in Jerusalem Bezug. Zum dritten Mal saßen sich die beiden Souveräne im Theater. Nachdem sie sich die Hände gedrückt hatten — schwiegen sie. (Das Gleiche hätte die „Europe“ thun sollen.)

Großbritannien.

Das britische Parlament ist in der letzten Sitzung des geheimen Staatsrathes vom 11. d. weiterhin bis zum 13. Januar prorogirt worden.

[Zur Affaire Müller.] Der deutsche Rechtschutzverein hat am 3. d. Abends wieder eine Versammlung abgehalten, um zu einem endgiltigen Entschluß über die Abfassung des in der Müller'schen Sache an Sir George Grey, den Minister des Innern, zu richtenden Memorandums (um Aufschub des Vollzugs der Strafe) zu gelangen; der Wortlaut und der Charakter der Eingabeschrift, wie die Versammlung sie schließlich festgestellt hat, weichen von dem Entwurfe, welchen die juristischen Berater des Vereins vorgelegt haben, bedeutend ab. In Folge der Veröffentlichung des bereits erwähnten Vorfalles, von welchem ein Herr Poole aus Edmonton Anzeige gemacht hat, ist dem Comité eine große Menge von Briefen zugegangen und unter diesen zahlreiche Mittheilungen, welche dem Beurtheilten ein sehr günstiges Charakterzeugniß geben. Mit Beziehung auf die Aussage Herrn Poole's, welcher in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli auf der Nord-Londoner Straße eine Droßke mit vier Männern, deren einer den Kopf mit einem Tuche verbunden hatte, gesehen hat, richtet ein unweit von der Stätte des Mordes wohnender Apotheker ein Schreiben an den Daily Telegraph, in welchem es heißt: „Ungefähr um halb elf oder elf Uhr an jenem Abende (des 9. Juli, nachdem kurz vor zehn das Verbrechen geschehen) kam, von einem oder zwei Leuten begleitet, ein junger Mann in meinen Laden, welcher eine Wunde am Hinterkopfe verbunden zu haben wünschte. Er schien in großer Aufregung zu sein, und war augenscheinlich bange; die Wunde mochte sich als gefährlich erweisen. Da ich ihn für betrunken hielt, und weder sein noch seiner Gefährten Aussehen mir gefiel, so suchte ich die Leute los zu werden, indem ich dem Verlegten den Rath gab, nach Hause zu gehen und die Wunde mit warmem Wasser zu baden; sie zu verbinden sei nicht nöthig. Als ich nun von der Mordthat hörte und mir der Gedanke aufstiege, jene Leute könnten zu derselben in irgend einer Beziehung stehen, machte ich der Polizei Anzeige von dem Vorfalle, und es kamen ein oder zwei geheime Polizisten zu mir, um Nachfragen anzustellen. Da sie jedoch auf keinen der Leute, welche ich ihnen beschrieb, das Signalement Müller's passend machen konnten, so ließen sie die Sache fallen. Ich konnte jedoch, als ich von der Begebenheit in Edmonton las, mich nicht des Gedankens erwehren, daß der in der Droßke gefundene Mann mit verbundenem Kopfe möglicherweise derselbe sein könnte, der zu mir kam, um eine Kopfwunde unterzuchen zu lassen, und daß eine Veröffentlichung des Vorfalles vielleicht etwas zur Lösung des, um das auf der Nord-Londoner Eisenbahn geschehene Verbrechen noch schwebenden Räthsels beitragen dürfte.“ Das Verhalten Franz Müllers in seiner Gefängniszelle zu Newgate bleibt unterdessen ein ruhiges und gefaßtes. Er nimmt Speise und Trank wie gewöhnlich und genießt den gesunden Schlaf. Täglich wohnt er

Kundmachung. (1155. 1) Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht in Wien in Strafsachen erkennt Kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt, über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft unter gleichzeitiger Einstellung des gegen den verantwortlichen Redacteur der constitutionellen „Vorstadt-Zeitung“ Herrn Eduard Hügel wegen Vergehens gegen öffentliche Ruhe und Ordnung nach §. 300 St. G. B. und wegen Uebertretung des §. 21 P. G., daß der Inhalt des Auftrages:

„ein Besuch im Kloster vom armen Kinde Jesu“ in Döbling in der Nummer 288 der constitutionellen „Vorstadt-Zeitung“ vom 18. October 1864,

das Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach §. 300 St. G. B. begründe und verbindet damit auf Grund des §. 16 des Strafverfahrens in Preßsachen und des §. 36 des P. G. das Verbot ihrer weiteren Verbreitung.

Gleichzeitig wird auf Grund des §. 37 des Preßgesetzes verordnet, die mit Befehl belegten Exemplare der erwähnten Zeitungsnnummer zu vernichten.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen. Wien, 4. November 1864.

Der k. k. Landesgerichts-Vizepräsident: Schwarz m. p. Der k. k. Rathsecretär: Thallinger m. p.

Nr. 27059. Kundmachung. (1143. 3)

Im Königreiche Ungarn bestand laut Mittheilung des königlichen Statthaltereirathes vom 20. v. Mts. noch in 62 zu 23 Comitaten gehörigen Ortschaften die Kinderpest mit einem Krankenstande von 883 Stücken.

Dieser Seuchenstand wird mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die in der Verlautbarung vom 24. August d. J. bekannt gegebenen Maßregeln aufrecht erhalten werden.

Von der k. k. Statthaltereicommission. Krakau, 28. October 1864.

Nr. 28400. Kundmachung. (1145. 3)

Die böhmische k. k. Statthalterei hat laut Mittheilung vom 22. d. Mts. aus Anlaß des neuerlich zu Niemeritz erfolgten Kinderpestausbruchs, um jeder weiteren Einschleppung der Kinderpest nach Böhmen zu begegnen, von nun an bis auf Weiteres die mit der dortortigen Kundmachung vom 8. März 1863, Z. 10436, festgestellten Vieh- und Abladestationen aufgehoben, und die Einfuhr oder den Eintrieb von Rindvieh und Schafen aus der ganzen österreichischen Monarchie eingestellt. Ebenso wird die Einfuhr des rohen Fleisches, der frischen Rindsnochen, des ungeschmolzenen Anschlittes, der frischen Häute, Hörner und Klauen verboten, und nur die Einfuhr von geschmolzenem Anschlitt, trockenen Knochen und Häuten, wenn sich mit Certificaten ausgewiesen wird, daß sie aus gesunden Gegenden kommen, dann von vorchriftsmäßig gereinigten Hörnern und Klauen gestattet. Das zur Approvisirung für die Stadt Prag bestimmte galizische Schlachtvieh darf nur dann, wenn es mit den vorchriftsmäßigen Gesundheitspässen versehen ist, am Pragerplatze abgeladen, nach vorgenommener Prüfung durch die Viehbeschau-Commission jedoch bloß einzig und allein in die Prager Schlachtbänke zur föglichen Schlachtung abgetrieben werden.

Diese Verfügungen werden im Interesse des Handels mit Vieh und davon herstammenden Rohproducten zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthaltereicommission. Krakau, 31. October 1864.

Licitations- Widerruf. (1144. 3)

Die auf den 14. November 1864 zur Verpachtung der Niepołomicer Propriationsgerechtsame in der I. und IV. Section auf die Dauer vom 1. November 1864 bis Ende December 1867 ausgeschriebene Licitations wird widerrufen.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction. Krakau, 28. October 1864.

L. 13181. Edykt. (1135. 2-3)

C. k. Sąd delegowany miejski Krakowski zawiadamia z miejsce pobytu niewiadomych Stanisława Karczyńskiego, Andrzeja Hawryła i Lucyana Kowalskiego, iż wskutek pozwu przeciwko nim oraz p. Antonie Zurowskiej i c. k. prokuratorji skarbowej z strony p. Apolinarego Karczyńskiego o dozwolenie wydania kartek zastawnych Banku poloznego Krakowskiego Nr. 1. lit. H i n. 6 lit. K. w dniu 22. Października 1864 do L. 13181 wniesionego kuratorem nieobecnych pozwanych Dr. Mikołaj Kański z podstawieniem Dra. Leona Kroweckiego ustanowionym i termin do rozprawy na dzień 23. Grudnia 1864 roku o godzinie 10. rano wyznaczony został.

Kraków, 27. Października 1864.

Nr. 8575. Kundmachung. (1149. 2-3)

Am 23. November l. J. wird um 10 Uhr Vormittags die Licitations wegen Verpachtung der Krzeszowicer Brückenmautstation im Zuge der Breslauer Kreisstraße für das Jahr 1865 bei der k. k. Kreisbehörde stattfinden.

Der Ficalpreis beträgt 120 fl. und das zu erzielende Badium 12 fl.

Die weiteren Bedingungen werden bei der Verhandlung einzusehen sein.

Von der k. k. Kreisbehörde. Krakau, 2. November 1864.

Nr. 11306. Ankündigung. (1141. 2-3)

Am 17. d. Mts. wird wegen Verpachtung des Bezuges der Fleischverzehrungssteuer im Pachtbezirke Gorlice

auf das Solarjahr 1865 die vierte Licitations hierorts abgehalten werden.

Des Ficalpreis beträgt 3128 fl. 60 kr. R. k. Finanz-Bezirks-Direction. Neufandec, 2. November 1864.

Nr. 10784. Kundmachung. (1132. 3)

Laut Erlasses des k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirtschaft vom 7. October l. J. Z. 13553/3293 ist die im k. k. Postcour-Bureau in Wien bearbeitete neue Ausgabe des topographischen Postlexicons des Kronlandes Oesterreich unter der Enns erschienen.

Der Ankaufspreis wurde für die k. k. Behörden und Aemter mit 1 fl. 50 kr. für Private mit 2 fl. 50 kr. per Exemplar festgesetzt. Was mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß dieses topographische Postlexicon im Wege der unterstehenden Postämter und Expeditionen oder aber unmittelbar von der k. k. Postdirection in Lemberg bezogen werden kann.

Von der k. k. galiz. Postdirection. Lemberg, 28. October 1864.

Nr. 4564. Edict. (1099. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht in Biala wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die dem Franz Kappel gehörige in der zum diesseitigen Gerichtsbezirke gehörigen Gemeinde Lipnik an der Kaiserstraße gelegene im dortigen Grundbuch Tom. II. vorkommende Hausrealität Nr. C. 235 alt 61 neu sammt Zugehör, wegen an die Frau Amalie Bartelmuss in Biala schuldigen 968 fl. 86 1/10 kr. 5. W. c. s. c. im Executionstermine öffentlich veräußert werden wird. Die Feilbietungstermine werden zum 7. December 1864, zum 7. Jänner 1865 und zum 7. Februar 1865; jedesmal früh um 10 Uhr hiergerichts festgesetzt, und diese Realität bei den ersten zwei Terminen nur um, oder über den mit 4942 fl. 65 kr. 5. W. erhobenen Schätzungswert, bei dem dritten aber nur um jene Summe werden hintangegeben werden, welche dem Betrag aller einverleibten Schulden gleichkommt.

Kauflustige werden daher zu diesen Feilbietungsterminen mit dem Badium von 495 fl. 5. W. versehen, eingeladen, wo ihnen die weiteren Bedingungen bekannt gegeben werden.

Die Tabularlasten können bei dem hiesigen Grundbuchsamte, der Schätzungssact und die Licitationsbedingungen in der hiesigen Registratur, und die Steuern im hiesigen k. k. Steueramte eingesehen werden.

Hievon werden die Tabular-Gläubiger mit dem Beifügen verständigt, daß für jene, deren Aufenthalt unbekannt ist, oder denen der Feilbietungsbescheid aus was immer für einer Ursache gar nicht, oder nicht rechtzeitig zugestellt werden könnte, oder welche erst nach dem 30. August 1864 zum Grundbuch gelangen sollten, der Herr Dr. Eisenberg in Biala zum Curator ad actum bestellt worden sei.

Vom k. k. Bezirksamte. Biala, am 23. September 1864.

L. 1490. Edykt. (1123. 2-3)

Ces. król. Urząd powiatowy jako Sąd w Slemieniu zawiadamia niniejszym edyktem JW. Aleksandra hr. Branickiego, iż przeciw niemu Wojciech Trzop i Szymon Chrzaszcz, włościanie ze wsi Stryszawy wniosli pozew de praes. 8 Sierpnia 1864 r. do l. 1490 o zwrot gruntów we wsi Stryszawie położonych do roli Wsiorz należących.

W załatwieniu tegoż pozwu wyznacza się termin do ustnej rozprawy na dzień 10. Stycznia 1865 r. na godzinę 10tą zrana do Sądu w Slemieniu.

Gdy miejsce pobytu pozwanego JW. Aleksandra hr. Branickiego wiadome nie jest, przeto c. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Slemieniu w celu zastępowania pozwanego na koszt i niebezpieczeństwo jego ustanowił p. Józefa Stilka z Suchy kuratorem, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się niniejszym edyktem obżałowanemu aby w zwyż oznaczonym czasie albo się sam o biście stawił, albo też potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub innego obrońcę sobie obrał i tutejszemu Sądowi oznajmił, w ogóle zaś aby wszelkich do obrony możebnych środków prawnych użył, w przeciwnym bowiem razie wynikłe z zaniebdania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu. Slemień dnia 28. Września 1864.

r. 33511. Kundmachung. (1151. 2-3)

Zur Wiederbesetzung der Tabakgroßtrafik zu Zaleszczyki im Czorkower Kreise wird die Concurrnz mittelst Ueberreichung schriftlicher Offerten ausgeschrieben.

Diese Offerten belegt mit dem Badium per 80 fl. sind längstens bis einschließig 24. November 1864 bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Tarnopol zu überreichen. Der Verkehr dieser Großtrafik betrug im W. J. 1863 in Tabak 14133 fl. und in Stempeln 3875 fl.

Die näheren Licitationsbedingungen und der Erträgnis-Ausweis können bei der Finanzbezirks-Direction in Tarnopol und bei dieser k. k. Finanz-Landes-Direction eingesehen werden. Von der k. k. Finanz-Landes-Direction. Lemberg, 28. October 1864.

L. 2133. Edykt. (1152. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy jako sąd w Łańcutie wzywa Wojciecha Zatońskiego syna s. p. Bazylego i Kunegundy małżonków Zatońskich z Przedmieścia koło Łańcuta, ażeby w przeciągu jednego roku w tym c. k. Sądzie stawił się, lub innym sposobem o życiu swoim i miejscu pobytu Sąd zawiadomił, inaczej po upływie tego terminu za zmarłego uznany będzie.

Kurator dla niego ustanawia się w osobie pana Józefa Richtera z Łańcuta.

C. k. Sąd powiatowy. Łańcut, 15. Października 1864.

N. 14043.

Licitations-Kundmachung.

(1154. 1-3)

Von der k. k. Finanzbezirks-Direction in Tarnow wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß Befußt Verpachtung der Wein- und Fleisch-Verzehrungssteuer in einigen Pachtbezirken, dann des bestehenden 20percentigen Zuschlages zu derselben, endlich des einigen Gemeinden bewilligten Zuschlages für die Zeitperiode vom 1. Jänner 1865 bis Ende December 1865 und bedingungsweise auch für die darauf folgenden Solarjahre 1866 und 1867 an den nachstehend ausgewiesenen Tagen bei dieser k. k. Finanzbezirks-Direction die öffentliche Versteigerung abgehalten werden wird, und zwar:

Table with 5 columns: Post No., Benennung des Pachtbezirkes, Benennung des Pachtobjectes, Ankaufspreis für 12 Monate, and Tag der Abhaltung der Licitations. Rows include Tarnow, Baranow, Jaslo, Tuchow, and Tarnow with various tax details.

Es werden übrigens auch schriftliche Anbote angenommen und es müssen die diesfälligen mit dem Stempel von 50 kr. versehenen und mit dem obigen Badium belegten Offerte spätestens bis 6 Uhr Abends des dem Licitations-Termine vorangehenden Tages gehörig versiegelt bei dem Vorstande dieser k. k. Finanzbezirks-Direction überreicht werden.

Die näheren Pachtbedingungen können hieramts während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden. Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction. Tarnow, am 2ten November 1864.

N. 14705.

Kundmachung.

(1127. 2-3)

Es wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß zufolge Erlasses des hohen k. k. Finanzministeriums vom 28. August 1864, Z. 4992 F.-M. die echten Havana-Zigarren I. Kategorie, und die sogenannten Imitations-Zigarren vom 1. October 1864 an, nebst dem Verkaufe im Großen auch in amtlich verschlossenen Päckchen zu 4 Stückchen in Kistchen zu 25 derlei Päckchen in Verschleiß gesetzt wurden.

Der nachstehende Tarif bezeichnet die Preise derlei Zigarren.

Verschleiss-Tarif

der echten und imitirten Havana-Zigarren

Table with 3 main columns: Benennung der Gattungen, Preise in österr. Währung (für 100 Stücke, für ein Päckchen zu 4 Stückchen), and A. Echte Havana-Zigarren (I. Kategorie, II. Kategorie).

Table with 3 main columns: Benennung der Gattungen, Preise in österr. Währung (für 100 Stücke, für ein Päckchen zu 4 Stückchen), and B. Imitirte Havana-Zigarren.

Anmerkung. Die Zigarren der Tarifsposten A. 1, 2 und 3, dann B. a) und b) dürfen nur in ganzen Kistchen oder in Päckchen zu 4 Stückchen mit unverletztem amtlichen Verschlusse verkauft werden; der stückweise Verkauf oder der Verkauf von Kistchen oder Päckchen mit verletztem amtlichen Verschlusse ist daher verboten.

Von der kais. königl. Finanz-Landes-Direction. Krakau, am 19. October 1864.

Kais. kön. privileg. galizische Carl Ludwigs-Bahn.

Kundmachung.

3. 4813.

(1147. 3)

Die k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn bringt hiemit zur allgemeinen Kenntniß, daß der gegenwärtig auf ihrer Bahnstrecke bestehende 10% Agio-Zuschlag zum allgemeinen Gebührentarife vom 10. November l. J. an, auf 15% erhöht wird.

Die bisherigen Ausnahmen von diesem Tarifzuschlage bleiben aufrecht. Wien, am 2. November 1864.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 8 columns: Tag, Stunde, Barom.-Höhe auf in Paris, Höhe 0° Reaum. red., Temp. nach Reaum., Relative Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, and Menderung der Wärme im Laufe des Tages von | bis.